

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

12.8.1921 (No. 186)

Expedition: Karlsruher Str. 14, Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: J. B. Redakteur, C. R. f., Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 P.; - Einzelnummer 25 P. - Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Amtlicher Teil

Zur Getreidewirtschaftung 1921/22.

Der Verband der Preussischen Landwirtschaftskammern hat angeregt, Erzeugern, die ihre Vieferpflicht voll erfüllt haben, von den Kommunalverbänden eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, die ihnen dies mit dem Bemerkenswerten bestätigt, daß sie nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 in der Verfügung über den Rest des Getreides völlig unbefristet sind, mit der Maßgabe, daß eine Verfüterung von Brotgetreide oder Weizengetreide gemäß § 43 dieses Gesetzes nach wie vor verboten ist.

Nordschleswig — die Brücke zum Norden.

Man schreibt uns: Vor einiger Zeit haben in Kopenhagen Verhandlungen zwischen der deutschen und dänischen Regierung begonnen, die sich mit der Regelung der Fragen befassen, die aus der neuen deutsch-dänischen Grenze in Schleswig erwachsen sind, deren Bedeutung aber weit über den lokalen Bereich hinausgeht. Die Verhandlungen werden nach einer kurzen Sommerpause demnächst in ihr entscheidendes Stadium treten. Es ist daher erforderlich, daß die deutsche Öffentlichkeit im Norden ist, um was es sich hierbei handelt, und daß sie das schleswigsche Problem in seiner ganzen Tragweite begreift.

Über das ist nicht der Fall. In dem zu Dänemark geschlagenen Nordschleswig waren — ungerichtet die durch das Pariser Abkommensreglement der Stimme überhaupt Verurteilten — über 25 000 abgegebene deutsche Stimmen durch das Mittel einer en bloc-Abstimmung pergevoigt worden. Die heute „dänische“ Stadt Løndern zusammen mit dem für den Verkehr nach Sigt unentbehrlichen Hoyer hatte allein über 8000 deutsche Stimmen abgegeben gegen noch nicht 1000 dänische. Große geschlossene deutsche Minderheiten der gesamten ersten Zone waren somit ihres Selbstbestimmungsrechts beraubt, ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Unmöglichkeit, daß die neue Grenze z. B. durch die ganze Flensburger Förde bis in den Hafen und unmittelbar an die Stadtmauer dieser eigentlichen Hauptstadt Schleswigs heranläuft und hier wie sonst Zusammenhänge zerreißt, die weder wirtschaftlich noch geographisch, aber genau so wenig auch stammesmäßig hätten gerissen werden dürfen. Denn die Schleswiger sind keine Dänen, und sind es nie gewesen.

Seidem ist nun ein Jahr vergangen, und die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen der unfürigen Grenze zu mildern, ist der eine Zweck der deutsch-dänischen Verhandlungen. Der andere aber gilt dem Schutze der deutschen Minderheiten in dem zu Dänemark geschlagenen Teil des alten, seit tausend Jahren selbständigen Herzogtums. Die Deutschen in Nordschleswig kämpfen heute einen guten Kampf um die Erhaltung ihrer alten Kultur, die sich dem Reichstribut niemals eingliedern wird. Denn nirgends ist die Sprache so wenig ein zuverlässiges Zeichen der Stammesart, wie in diesem Grenzland, und auch von denen, die unter dem Druck der Nachkriegszeit für Dänemark stimmten, haben unzählige längst begonnen, den schweren Jertum zu bedauern, der sie die alten Bande der historischen Stammeszugehörigkeit vorübergehend berissen ließ.

Deswegen erkennt das Deutschtum in Nordschleswig diese Abstimmung nicht an und wird nicht müde, die dänische Behauptung zu widerlegen, daß die neue Grenze eine „Grenze des Rechts“ sei. Auch der deutsche Nordschleswiger will eine Verständigung mit dem Norden, denn er möchte den alten Brudervertrag befestigen und weiß, daß nur über Nordschleswig die Brücke von Deutschland zu dem gesamten Skandinavien geht. Eine deutsch-schwedische Verständigung um die Nordschleswiger herum und an ihnen vorbei ist völlig unmöglich. Und ob wir in Deutschland viel oder wenig von den Nordschleswigern wissen, es ändert nichts an der Tatsache, daß unsere Brüder dort oben den Kampf um ihr Recht, um das Recht einer wirklichen Selbstbestimmung weiterkämpfen werden.

Wie in Deutschland können uns in diesem Kampf nicht einmischen. Wir würden die Stimme der Verantwortlichen nur abschwächen, wenn wir es täten. Aber eines verlangt der Nordschleswiger von uns: daß wir ihm helfen gegenüber der systematischen Ausweitung und Aufzuspaltungspolitik der Dänen seine deutsch-schwedische Kultur zu bewahren, und daß wir von dem dänischen Staate die vertragliche Anerkennung eines Minderheitenschutzes verlangen, die wir gleicherweise

bereit sind, der dänischen Minderheit zu gewähren, die heute noch südlich der deutsch-dänischen Grenze lebt, aber hier in schärfster Weise, aus Reichsdänemark ermuntert, den nationalen Kampf immer weiter nach Süden zu tragen sucht. Das deutsche Schleswigerium befindet sich daher südlich wie nördlich der Grenze heute in der Abwehr und in der Verteidigung. Aber mit geistigen Waffen will es diesen Kampf führen und Deutschland kann gewiß sein, daß die Waffen dieses geistigen Kampfes bei dem hochkultivierten Schleswigerium in guter Hand liegen, das sich, wie die Geschichte gezeigt hat, und heute erneut zeigt, gegen nichts so sehr auflehnt als gegen ein brutales System behördlicher Verwaltungsmaßnahmen zur Umdeutung seiner Nationalität. Daher heißt die Parole der Schleswiger: Freiheitlicher, wirksamer Schutz der nationalen-kulturellen Minderheiten beiderseits der Grenze auf Grund einer wirklich liberalen Abmachung zwischen den beiden Grenzstaaten. Würde das auf seine liberale Art so stolze Dänemark diese Forderung ablehnen, so würde es damit das Odium auf sich laden, die deutsch-schwedische Verständigung zu hintertreiben und seine moralische Isolierung im Verbände der skandinavischen Staaten würde die unaussprechliche Folge sein.

Deutschland ringt gegen einen maßlosen Chauvinismus an allen seinen Grenzen. Es wird in diesem Ringen nicht untergehen. Seine Verständigung mit dem skandinavischen Norden aber legt es getrost in die Hand der Schleswiger. Und daher ist ganz Deutschland an dem Schicksal Schleswigs beteiligt. Es geht um die Brücke zum Norden.

Die Verfassungsfeier in Berlin.

Zur Feier des zweiten Jahrestages der Reichsverfassung fand gestern mittag im Berliner Opernhaus eine glänzende Feier statt. Vor dem Gebäude war eine Ehrenkompanie Reichswache aufgestellt. Um 12 Uhr erschien der Reichspräsident mit dem Reichskanzler, die die Ehrenkompanie begrüßten und die Front abschritten. Zur Feier hatten sich außer den Mitgliedern der Reichsregierung Vertreter der Länder, Reichstagsabgeordnete, ferner Vertreter der Wissenschaft und Kunst eingefunden. Die „Freischütz“-Ouvertüre eröffnete den Festakt.

Dann hielt Reichskanzler Dr. Brüning eine Rede, in der er betonte, es gehe um in einer ersten Stunde in ruhiger und erster Bestimmung Rückschau zu halten auf den Weg, den unser Staat nach der großen, schrecklichen Katastrophe der Umwälzung gegangen sei hin auf zu der Verfassung, die das Volk sich gegeben habe als dem Organismus, in dem sich das hohe Streben des politischen Menschen beständige. Er sprach die Hoffnung aus, daß der große demokratische Zeitgedanke der heutigen Feier in nicht allzu ferner Zeit das Gemeingut des ganzen Volkes werde. Dieser Gedanke verkenne gewiß nicht die ungeheuren, breunenden Gegensätze in unserem Volke zwischen den Klassen, zwischen dem Besitz und der Arbeit, zwischen denen, die noch rückständig sind und um die alte Herrlichkeit trauern, und denen, die stürmisch und leidenschaftlich, vielleicht allzu stürmisch nach vorwärts drängen. Sollte nicht alles in Trümmern gehen, so vorwärts drängen der Gegensätze und ein Vorausgehen des gegenseitigen Verständnisses unumgänglich anzubahnen. Wir müssen auch, wenn wir das wollen, wenn wir zur Verständigung und Versöhnung kommen wollen, die letzten Wurzeln unseres Strebens bloßlegen und die lauterer Motive unseres Handelns angeben, wenn dieses Ziel überhaupt voraussehbar sein soll. Ziel und Sinn unserer politischen Lebensarbeit sei die Rettung des deutschen Volkes, die Sicherheit seiner nationalen Einheit und die Wiederbegründung seiner materiellen Wohlfahrt. Dies sei nur möglich durch die demokratische, einheitliche deutsche Republik. So findet der deutsche Nationalgedanke seinen festen Ausdruck in der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919.

All das Sämerzliche werde überlöst durch die Sorgen über die großen Entscheidungen, die in der Gegenwart an der Seine fallen. Wenn man auf die verflochtenen zwei Jahre zurückschaut, wenn man sich all die dauernden Prophezeiungen vom Sturz in den Abgrund vergegenwärtigt und wenn man sich der inneren Gärungen von damals erinnere und damit in Vergleich stelle das Maß der Befriedigung der Ordnung und der zwar langsamen aber doch sichtbaren Erholung, dann werde einem erst die hohe Bedeutung klar, die der Aufrichtung der neuen Reichsverfassung zukommt. Wo wäre das deutsche Volk hingekommen, wenn nicht die Nationalversammlung die inneren Gegensätze zurückgestellt und alle Kräfte an die Schaffung der Reichsverfassung gesetzt hätte. Nach monatelangem Ringen habe das deutsche Volk seit 1918 begonnen, sich aufzuraffen. Mit dem Willen nach staatlicher Neubildung ging parallel die Erwachung des Arbeitswillens, des Willens für wohlthätige Ordnung unseres Daseins. Welche Impulse drängten zur Nationalversammlung und einer Verschmelzung des demokratischen und des nationalen Gedankens. Diese Entwicklung ging nicht ohne schwere innere Kämpfe vor sich. Es sei ein national-politisches, vielleicht ein welt-politisches Ereignis gewesen, daß sich damals die übergroße Mehrheit des Volkes zusammenschloß in der Forderung, daß die alte Form des modernen Staates, die nationale Repräsentation als System beizubehalten sei. Die Geschichte wird das auch als eine Großtat des deutschen Volkes nennen, daß die Arbeiterklasse und das Bürgertum unter Hintanhaltung aller dringenden Interessen zum Wiederaufbau der Nationalversammlung sich die Hand reichten. Als aber das politische Gedächtnis des alten Deutschlands nach unebenen Leistungen des deutschen Volkes unter der Wucht einer übermächtigen Welt zusammenbrach, brach die alte Idee des demokratischen Volksstaates mit Macht wieder hervor. National-

Arbeit auf freier Grundlage wurde zum Leitstern für die Nationalversammlung. Beides sei in der Verfassung von Weimar gewahrt und erreicht worden. Die alte Gliederung in Stämmen und Staaten als Ergebnis einer reichen, historischen Entwicklung habe das Verfassungsproblem vor große Schwierigkeiten gestellt, als es in fremde Einheitsstaaten verteilt gewesen sei.

Der geltenden Reichsverfassung sei es bisher gelungen, dem in Deutschland bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen, wenn auch manche Wünsche unerfüllt geblieben seien, und manche den künftigen Entwicklungen überlassen bleiben müssen. Viele der Bestimmungen der Verfassung seien durch die Zeit der Entstehung bedingt, aber die Grundprinzipien liegen in der Richtung der geschichtlichen Entwicklung und würden Bestand haben, so lange die großen geschichtlichen Voraussetzungen gelten. Diese Prinzipien seien Ableitungen der Regierungsgewalt auf den Volkswillen, also demokratische Bestimmung der Staatsform durch den Willen des Volkes, Versöhnung der Klassen und Stände durch sozialen Geist und alles beherrschend und überragend die Einheit des Reiches und die Aufrechterhaltung seiner geschichtlich gewordenen Landesstruktur.

Trotz aller Stürme und Gefahren habe dieser in mühsamer Arbeit in Weimar aufgerichtete Bau gehalten. Die schwersten Belastungsproben sind überwunden. Im Jahre 1919, als in finsterner Stunde der Einmarsch des Feindes das Reich zu sprengen drohte, im Januar 1920, als der endgültige Friedensschluß neue Opfer und Verzicht forderte, im März 1920, als der Versuch eines Staatsstreiches Deutschland in größte Lebensgefahr stürzte. Der in der Verfassung verankerte demokratische Gedanke hat weithin in den Abstimmungen in Ostpreußen und Oberschlesien seine werbende Anziehungskraft bewiesen. Wenn man in diese Gegenden unseres Vaterlandes gekommen ist, und wenn man selbst persönlich gesehen hat, daß diese Abstimmungen kein leerer Schein gewesen sind, daß diejenigen, die für Deutschland votiert haben, aus innerem Herzensgrunde sich für Deutschland entschieden haben, dann weiß man, daß dieser demokratische Gedanke durch seine Beschlüsse in der Welt in seiner geschichtlichen Aufgabe, die in der Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, aus der Welt geschafft werden kann. Es wird in der Geschichte dereinst gewürdigt werden, daß das deutsche Volk aus der größten Niederlage des Weltkrieges noch die Kraft gefunden hat, in der Verfassung von Weimar zum erstenmal in seiner Geschichte das reine Prinzip des nationalen Volksstaates zur Wirklichkeit zu bringen. Nur der demokratisch-republikanische Gedanke konnte diesem Prinzip zur Form verhelfen. Sozial und politisch konnte dies nur unter der Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft entstehen, die in ihrem Emanzipationskampf ein Maß hoher und höchster Verantwortlichkeit bewiesen hat. Das furchtbare Erlebnis des Krieges, das mit furchtbarer Wucht auf unseren Schultern ruht, könne nur gelöst werden, wenn an Stelle des alten Obrigkeitstaates der Volksstaat tritt. Nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte und durch Mitwirkung der breitensten Masse des Volkes wird es möglich sein, das unendlich schwere Los, das uns in schicksalhaftester Zeit gebieten ist, zu tragen, und nach Jahren der Arbeit und der Opfer auch schließlich zu meistern.

Aber alle die Sorgen des Aufbaues der Verfassung geht die Sorge dieser Stunde, wo ihr Schicksal Oberschlesiens und das Schicksal Deutschlands in Paris sich entscheidet. Mögen die in Paris versammelten Männer sich der Schwere ihrer Verantwortung gegenüber Europa und der ganzen Menschheit bewußt sein und zu einer gerechten Entscheidung kommen, die dem deutschen Volke die Lebensmöglichkeit erhält. Erst vor einigen Monaten haben wir durch Annahme des Londoner Ultimatus Lasten auf uns genommen, wie sie ganz sicher schwerer im Laufe der Geschichte keinem Volke zugemutet worden sind. Wir haben das auf uns genommen, obwohl weite Schichten unseres Volkes, ernste Männer, die Tragbereitschaft der Sache nicht glaubten, uns anraten zu können. Wir haben im Laufe dieser Monate und der letzten Monate den ernstesten Willen zur Erfüllung der übernommenen Lasten bewiesen, und haben daher ein Recht zu hoffen und zu verlangen, daß man uns nicht die Schaffensmöglichkeit nimmt, die die Voraussetzung für die so ungemessene Last ist. Wir müssen trotz allem, was sich ereignet hat, mit Optimismus ans Werk gehen. Das deutsche Volk will sein Recht und erarbeitet sich sein Brot in täglicher Arbeit. Wehe denen, die diesem Volk, das guten Willens ist, seine reichen, einem Volke, das den Weg von 1918 bis 1921 gegangen ist, das nach einem solchen Zusammenbruch sich aufgerafft hat zur Arbeit, zur Selbstverantwortung und zur sittlichen Freiheit. Wir werden den Gedanken der sozialen Freiheit, der sozialen Wohlfahrt und des Fortschrittes pflegen trotz alledem und allem. Wir werden auferstehen, wenn wir selbst dem dreu sind, was die Verfassung in ihren Grundgedanken in schwerer Stunde niedergelegt hat. (Lebhafte Beifall und Handclatschen.)

Die Mannheimer Indexziffern.

Von Regierungsrat Dr. Emil Hofmann. Zurzeit gibt es nicht weniger denn 6 Mannheimer Indexziffern: drei werden allein von Richard Calmer-Berlin veröffentlicht, eine von Elias-Frankfurt a. M., eine vom Statistischen Reichsamte Berlin und eine vom Preisprüfungsamt Mannheim.

Die älteste der Calmerschen Indexziffern, welcher die wöchentliche Marineation zugrunde gelegt ist, wird bereits

\* Vgl. auch die in der G. Braunschen Hofbuchdruckerei und Verlag erschienene kritische Studie des Verfassers: „Indexziffern im Inland und im Ausland.“

seit dem Jahre 1912 berechnet. Seht man die von Calwer für Mannheim im Juli 1914 ermittelte Zahl gleich hundert, so ergibt sich nachstehende Zahlenreihe:

Juli 1914	Juli 1915	Juli 1916	Juli 1917	Juli 1918	Juli 1919	Juli 1920
100,0	161,0	198,8	213,7	263,4	343,6	1244,8

  

Dez. 1920	Jan. 1921	Febr. 1921	März 1921	April 1921	Mai 1921	Juni 1921
1509,9	1541,2	1407,9	1355,5	1342,7	1348,1	1465,9

Zu beachten ist hierbei, daß in diese Calwersche Indexziffer — entsprechend der Marinisation — nur 16 Nahrungs- und Genussmittel, einbezogen sind; dabei fehlen selbst einige der wichtigsten Nahrungsmittel, z. B. Milch, Eier, usw.

Nach obiger Reihe wären die in die Marinisation einbezogenen Arten und Mengen von Lebensmitteln in Mannheim im Juni d. J. etwa 14% mal so teuer gewesen, wie im Juli 1914. Es sei indessen nochmals hervorgehoben, daß diese Calwerschen Berechnungen nur einen Teil der Nahrungs- und Genussmittel — 16 Artikel — umfassen, während Heiz- und Leuchtstoffe, Web-, Wirt-, Strickwaren, Schuhwaren, Mietpreise usw. vollständig fehlen.

Gegen diese Indexziffern wurde u. a. auch der Einwand erhoben, daß die in Friedenszeiten dem Marinefeldaten zugehörigen Verbrauchsmengen mit der durch den Krieg und seine Folgen notwendig gewordenen Lebenshaltung schlechterdings nicht in Einklang zu bringen wären. So hat sich Calwer entschlossen, an Hand einer „kleinen Ration“ — seit Mai d. J. — eine weitere Indexziffer zu berechnen. Während aber die Marinisation (Große Ration) immerhin noch 16 Artikel einbezieht, sind bei der „kleinen Ration“ nur noch 6 Nahrungsmittel (1000 Gramm Schweinefleisch, 500 Gramm Schmalz, 800 Gramm Reis, 800 Gramm Wehl, 7500 Gramm Brot, 25000 Gramm Kartoffeln, je pro Woche für eine vierköpfige Familie) herangezogen. Das arithmetische Mittel aus der großen und kleinen Ration gibt die dritte Calwersche Indexziffer.

Vergleicht man nun für den Juni d. J. alle 3 Indexziffern bezüglich der in diese Statistik einbezogenen 8 badischen Städte, so steht hinsichtlich der großen Ration — mit den relativ großen Fleischmengen — Karlsruhe — dank der dort höheren Fleischpreise — an erster Stelle, Konstanz an zweiter, Mannheim an dritter, usw.; nach der kleinen Ration — die relativ viel Kartoffeln enthält — ist Mannheim — infolge der verhältnismäßig hohen Kartoffelpreise — die teuerste Stadt in Baden, dann kommt Heidelberg usw., während Karlsruhe diesmal erst an sechster und Konstanz sogar an achter Stelle steht; nach der Durchschnitts-Indexziffer kommt zuerst Karlsruhe, dann Mannheim, Heidelberg, Konstanz, Forstheim, Freiburg, Offenburg und Rastatt. So zeigen hiernach diese 3 Calwerschen Indexziffern, daß je nach den Verbrauchsmengen unter Zugrundelegung derselben absoluten Verbraucherpreise dieselbe Stadt zu gleicher Zeit sowohl als teuer, wie auch als billig erscheint. Diese Calwerschen Indexziffern beweisen wieder einmal, wie gefährlich es ist, Verbrauchsmengen als Gewichte in die Berechnung einzusetzen. Daß im Juni d. J. Mannheim nicht zugleich an erster, zweiter und dritter Stelle, ebenso Karlsruhe gleichzeitig an erster, sechster und dann wieder an erster Stelle stehen kann, liegt auf der Hand. Solche Indexziffern wie die drei Calwerschen, denen zufolge eine und dieselbe Stadt zugleich zu den teureren und billigeren Gemeinden gerechnet werden kann, haben kaum mehr praktische Bedeutung.

Ein ähnliches Urteil müssen wir leider über die von Elsas für Mannheim „berechneten“ Indexziffern fällen. Und zwar schon deshalb, weil Elsas Mannheimer Preise überhaupt nicht ermittelt. Hinsichtlich der Lebensmittel nimmt er die Calwerschen Ergebnisse — Marinisation — zur Grundlage; da diese jedoch, wie wir oben gesehen haben, keinen ausreichenden Maßstab darstellen, sind die Elsas'schen Indexziffern von vornherein mit einem erheblichen Fehler behaftet. Für die Gruppen Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung und Sonstiges nimmt er die für Frankfurt a. M. festgestellten Preise als typisch für etwa weitere 80 deutsche Städte darunter auch Mannheim, an; es ist ohne weiteres klar, daß dieses Verfahren unzulässig ist. Damit kommt den von

Elsas veröffentlichten Mannheimer Indexziffern noch weniger innere Berechtigung zu, als den Calwerschen. Der Vollständigkeit halber seien diese von Elsas veröffentlichten Mannheimer Indexziffern nachstehend mitgeteilt:

1. April 1919	1. Dez. 1920	1. Januar 1921	1. Februar 1921	1. April 1921	1. Juni 1921
97	425	404	410	370	369

Was nun die bekannten Teuerungszahlen des Statistischen Reichsamts anlangt, so ist gegenüber Calwer als Fortschritt zu bezeichnen, daß sie nicht nur Lebensmittel, sondern außerdem noch Heizung und Beleuchtung, und den Mietpreis für eine Zweizimmerwohnung umfassen. Seht man die Friedenszahl gleich 100, so lauten die entsprechenden Verhältnisse für Mannheim wie folgt:

Friedensstand	Dez. 1919	Febr. 1920	März 1920	April 1920	Mai 1920	Juni 1920	Juli 1920	Aug. 1920
100	402	588	691	983	984	919	841	757

Sept. 1920	Okt. 1920	Nov. 1920	Dez. 1920	Jan. 1921	Febr. 1921	März 1921	April 1921	Mai 1921	Juni 1921
734	830	889	924	908	826	835	854	879	994

Die in diese Teuerungszahlen einbezogenen Verbrauchsarten — und Mengen — listeten also in Mannheim im Juni d. J. etwa 10 mal soviel wie vor dem Kriege.

Was endlich die Indexziffer des Mannheimer Preisprüfungsamts anlangt, die bekanntlich außer Lebensmittel, Heizung und Beleuchtung, Wohnung, auch Web-, Wirt-, Strickwaren, Schuhwaren usw. einbezieht, so zeigt dieselbe auf 1. Aug. d. J. ein abermaliges Steigen des Preisniveaus um 2,3 Prozent an. Über die Entwicklung der Generalindexziffern gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

Juli 1914	2. Jan. 1920	1. April 1920	1. Aug. 1920	3. Jan. 1921	1. Mai 1921	1. Juni 1921	1. Juli 1921	1. Aug. 1921
100,0	763,8	1045,6	1179,1	1446,5	1227,8	1239,7	1243,6	1271,9

Dieses weitere Ansteigen des durchschnittlichen Preisniveaus ist auf das Anziehen einiger Lebensmittel- und Kohlenpreise zurückzuführen. Zwar ist gegenüber dem Stand vom 1. Juli d. J. der Milchpreis um 8,3 Proz., und der Hammelfleischpreis um 10,0 Proz. zurückgegangen, desgleichen ist der Kartoffelpreis gesunken — von 2,10 M. auf 1,10 M. für das Pfund; verschiedene andere wichtige Nahrungsmittel dagegen sind — zum Teil beträchtlich — teurer geworden, so Bier um 3,0 Proz., Butter um 16,0 Proz., Schmalz um 28,6 Proz., Öl um 11,8 Proz., Erbsen um 27,3 Proz., Bohnen um 10,0 Proz., Reis um 28,0 Proz., usw.

So stand also nach den Berechnungen des Preisprüfungsamts am 1. Juni d. J. das Mannheimer Preisniveau im Durchschnitt etwa 12% mal so hoch wie vor dem Kriege; für die von Calwer zugrunde gelegte Marinisation mußte in Mannheim im Juni (Mitte) d. J. etwa 14% mal soviel ausgegeben werden; und nach der Teuerungszahl des Statistischen Reichsamts waren die Ausgaben für die in diese Statistik einbezogenen Artikel in Mannheim im Juni d. J. etwa 10 mal so hoch wie vor Kriegsausbruch. Für jeden nun, der sich die verschiedenen Berechnungsmethoden vor Augen führt, bedeuten diese abweichenden Ergebnisse nichts Auffallendes; im Gegenteil, es wäre höchst seltsam, wenn sie übereinstimmten. Allerdings würde nach anderem Dafürhalten die Teuerungszahl des Statistischen Reichsamts und die Indexziffer des Preisprüfungsamts genügen; mit den Lebensmittelpreisen allein — wie es Calwer tut — kann man heute weder die Höhe noch die Bewegung des Preisniveaus beginn. der Lebenshaltungskosten nachweisen. Da aber Calwer und Elsas an ihren Berechnungen festhalten und nach wie vor gleichfalls Mannheimer Indexziffern veröffentlichen, können diese nicht übergangen werden.

Bemerkenswert ist ferner, daß sowohl in die Erhebungskarte Calwers wie in das Erhebungsformular des Statistischen Reichsamts vom Preisprüfungsamt die tatsächlichen „häufigsten“

Mannheimer Preise — aber auch nur diese — eingetragen werden; auf die entsprechende Indexziffermethode — und ihren Aufbau nach Art und Mengen — hat das Preisprüfungsamt der Stadt Mannheim nicht den geringsten Einfluß.

Endlich sei noch angefügt, daß alle Groß-, Kleinhandels- und Lebenshaltungsindezziffern gewisse, nicht zu vermeidende Fehlerquellen enthalten; exakte Indexziffern gibt es weder im Inland noch im Ausland. Trotzdem sind die Indexziffern um deswillen wertvoll, weil sie Annäherungswerte, und vor allem die Tendenz der Preisbewegung recht gut zum Ausdruck bringen.

## Kommunalpolit. Rundschau.

### Ein großzügiges städtisches Siedlungsunternehmen.

Die Stadt Kiel hat, wie Siedlungsarchitekt Wiese in der Zeitschrift „Spaetjame Rauweise“, 1921, S. 32, ausführt, das 191 Hektar große Gut „Hammer“ für 900 000 M. erworben, welches für Siedlungszwecke aufgeteilt werden soll, da eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung desselben mangels hinreichender Rentabilität nicht in Betracht kommt. Es sollen rund 100 Siedlungsstellen geschaffen werden, die mit je 2-3 Ar Gartenland und je 4 Ar Obstwiese oder Weide ausgestattet werden und die volle Selbstversorgung der Siedler ermöglichen sollen. Als solche sind hauptsächlich Erwerbslose in Aussicht genommen, denen ein ausgewählter Stamm von siedlungsstechnischen Führern mit Rat und Tat an die Hand gehen soll. Außerdem können rund 1000 Bachgärtner auf je 500-800 Quadratmeter Land als nebenberufliche Siedler angeleitet werden. Ferner werden, was bei der gegenwärtigen Kollage nicht von geringer Bedeutung ist, durch die Siedlung 130 Wohnungen in der Stadt frei.

Die Siedlung erhält einen Volkspark, zwei größere Spielplätze, eine breite Obstpromenade, einen Herweg usw. Finanziell soll sich das Unternehmen selber tragen. Die Bachabgaben zerfallen in den Grundzins, den Fruchtbarkeitszins und den Bauzins mit je 10 Pf. für das Quadratmeter. Diesen Einnahmen steht eine Ausgabe von 800 000 M. gegenüber. Der weitaus größte Teil des Gesamtaufwandes wird dazu verwendet, die Bodenwirtschaft der Siedler mit Einrichtungen zu versehen, die eine intensive Gartenkultur ermöglichen.

Die praktische Durchführung des Unternehmens ist wie folgt gedacht: Die Stadt tritt lediglich für die Finanzierung und als Aufsichtsstelle in Tätigkeit. Träger des Ganzen sind die 100 Siedler, denen das Gut zum planmäßigen Ausbau auf 100 Jahre oder in Erbpacht veranwortlich übergeben wird. Als solche haben sie ihre eigene Siedlung auszubauen, die Bachgärten einzurichten sowie Straßen und Forsten anzulegen. Für diese Arbeit soll ihnen alle denkbare Hilfe der Stadt (Müll, Abriecht, Säralien, Fuhrwerke, Nachweis von altem Baumaterial usw.) zur Verfügung gestellt werden. Der Hauptwert liegt auf der Kultivierung des Bodens. Es ist die kolonialisatorische Aufgabe der Gemeinden, den städtischen Boden intensiv zu kultivieren, um selbst und mehr Nahrung zu erzeugen, die Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu beheben und Unzufriedenheit und Aufruhr in arbeitsames, glückliches Dasein überzuführen. Dr. Ehrler, Freiburg.

## Politische Neuigkeiten.

### Der Kampf um Oberschlesien.

Das Pariser „Journal“ macht sich zum Verbreiter einer vom „Intransigant“ wiedergegebenen Version, daß die Verhängung des Beschlusses des Obersten Rates in der ober-schlesischen Frage erst später, nach Vorstufungsmaßnahmen im Abstimmungsgebiet, erfolgen werde. Am Quai d'Orsay habe man sich vorgestern geäußert, daß die endgültige Entscheidung in einer neuen Sitzung des Obersten Rates, die in Paris, London oder Brüssel stattfinden und die von sehr kurzer Dauer sein werde, mitgeteilt werde. — „Deuvre“ schreibt, daß der englische Sachverständige Sir Cecil Hurst stets mehr den Anweisungen Lord Curzons als denjenigen Lord Georges gefolgt sei. Hurst zeige sich dem Gedankens einer Teilung des ober-schlesischen Industriegebietes feindlich gesinnt. Fußend auf dem Grundsatze, daß die ländlichen Kommunen selbst mit

## Badische Landesbibliothek.

### Zugangsauswahl Juni.

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landeseinwohner kostenlos benutzt werden. Sie umfaßt die allgemeinen Zweige der Wissenschaften, schießt aber engle Fachschriften u. bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nicht besonders angeführt.

Brentano, Wie studiert man Rationalökonomie? Mor. Heimann, Profaische Schriften. Litt. Verfassungsstudium u. Allgemeinerbildung. — Kleinpaul, Länder- u. Völkernamen; die Ortsnamen in Deutschen. 2. Aufl. Meringer, Aus dem Lebensder Sprache. — Driesch, Wissen und Denken. Gütler, Geschichte der Philosophie seit Hegel. James, Psychologie u. Erziehung. 3. Aufl. Kultur der Gegenwart. Teil. VI. Systemat. Philosophie. 3. Aufl. Kunze, Technik der geistigen Arbeit. Müller, Freireichels, Philosophie der Individualität. H. Rieder, System der Philosophie. — Clausnitzer, Staats- u. Volkswirtschaftslehre. 2. Aufl. Kerstner, Wesen des naturwiss. Unterrichts. Neumann, Experm. Pädagogik. Rasmann, Gesch. der preuß. Volksschule. Reichl, Die Mädchenfortbildungsschule. Scharrer, Goldene Heimat. — A. E. Verger, Die Kulturaufgaben der Reformation. 2. Aufl. 1908. S. Cohen, Die Religion der Vernunft aus den Quellen des Judentums. Delisch, Die große Täuschung. Krit. Betrachtungen zu den alttestamentl. Berichten. Einführung in das Studium der kathol. Theologie, hsg. von J. Goettsberger. Geiler v. Kaiserberg, ausgen. Schriften, hsg. von Ph. de Lorenzi. Hünzinger, Das Christentum im Weltanschauungskampf d. Gegenwart. 3. Aufl. Kallhoff, Der große Wormser Reichstag von 1521. R. Paulus, Der Ablass im Mittelalter als Kulturfaktor. — Vornthal, Grundriss des deutschen Staatsrechts. 5. Aufl. Giese, Deutsche Bürgerkunde. 9. Aufl. Janßen, Ordnungsrecht. Zusammenstell. für die Orden und relig. Kongregationen. 2. Aufl. Sellwig, Die Reform des Nichtspielrechts. Passow, Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen. Rosenzweig, Hegel und der Staat. Rühlmann, Staatsanschauungen von der Antike bis zur Gegenwart. R. Schmidt, Einführung in die Rechtswiss. Stier-Comio, Politik. 4. Aufl. — Aghajen, Organisation Eiserich. Prodniz, Das System des Wirtschaftskrieges. Gaertner, Über Arbeiterwohnungen. R. Kuczynski, Ein Reichsfinanzprogramm für 1920. Steinberg, Praxis des Kant- u. Werkenwesens. 2. Aufl. — Koch, Die ärztl. Diagnose.

2. Aufl. S. Poincaré, Wissenschaft u. Hypothese. 3. Aufl. — S. Baron, Die Judenfrage auf dem Wiener Kongress. Häfeler, Die Kaiserkrönungen in Rom und die Römer. S. Breßlau, Gesch. der Monumenta Germaniae Histor. S. Freytag-Loringhove, Französl. Festlandspolitik u. Nischen bis heute. O. Henig, Die furcht. Bödenstein-Wertheimisch. Territorien. E. Molitor, Reichsreformbestreb. des 15. Jahrh. — Arnold, Die Kultur der Renaissance. Mucke, Kulturproblem d. Französl. Revolution. Roth, Kulturgesch. d. byzant. Reichs. Steinhausen, Kulturgesch. d. Deutschen im Mittelalter. 2. Aufl. v. Strauß u. Lorney, Aus d. Chronik niederösl. Städte. 2. Aufl. G. J. Wolf, Ein Jahrb. München 1800-1900. 2. Aufl. — Wand u. Wachs, China unter der Kaiserin-Witwe Tzu-Hsi. 3. Aufl. Hurwicz, Die Seelen der Völker. D. Schäfer, Kolonialgeschichte. 4. Aufl. — Diplom. A. Kienhöfer, Die Geschichte der Entente seit dem Weltkrieg. Hg. von W. v. Siebert. S. Hentig, Aufsätze z. Deutschen Revolution 1919. Papike, Die Stellung Hollands im Weltkrieg. Romad, Der Sturz der Mittelmächte. Redlich, Das österr. Staats- u. Rechtsproblem v. 1848 bis z. Unter-gang. Roth, Die polit. Entwicklung i. Kongresspolen. 1919. v. Wolzogen, Engländer. — Wald, Entw. d. Taktik im Weltkrieg. Kritische Beiträge z. Gesch. des Weltkrieges. 1. G. Weßell, Von Falkenberg zu Hindenburg-Ludendorff. 2. W. Müller-Roehnik, Der Wendepunkt des Weltkrieges. Marne-schlacht 1914. 4. S. v. Jweh, Die Schlachten im Sommer 1918. 4. S. v. Kuhl, Französl.-engl. Kritik des Weltkrieges. v. Bülow, Mein Bericht zur Marne-schlacht. Erinnerungsblätter deutscher Regimenter. Gaber, Die d. Ilboote. Haupt, Die deutsche Insel. Gedenkbuch Krieges. Offiziere. Schlachten des Weltkrieges. Eich, Siedler im Weltkrieg. v. Stälpnager, Die Wahrheit über die d. Kriegsverbrechen. Kollerthum, Der Kampf um Fington 1914/18. — Gertrud Häumer, Studien über Frauen. Charlotte Wlennerhaffel, Maria Stuart. A. v. Harnack, F. D. Wasseremann u. die Revolution 1848/49. J. Schönig, Ferd. Gregorovius, Emil Ludwig, Bismarck. 10. Aufl. — Arnold-Keller, Das deutsche Notgeld 1916-19. Menz, Gesch. der griech.-röm. Schrift. v. Miller zu Nischol, Dichter. Münzprägungen. 1519 bis 1918. — Voelger, 7 La Plata Jahre. Dankwirth, Amerika. Alma Eddin, Arbeitsfreude. Was wir von Amerika lernen können. Philippson, Grundzüge d. allg. Geographie. Kabel, Das Meer als Quelle der Völker-gesch. 2. Aufl. J. Schmalz, Großrumänien wirtschaftl., polit. u. kulturell. — Bartels, Die d. Dichtung der Gegenwart.

Bod. Die ästhetischen Anschauungen Wielands. Bornhausen, Schiller, Goethe u. das deutsche Menschheitsideal. Brie, Ästhetische Weltanschauung in der Literatur des 19. Jahrh. Croce, Goethe. Eggerl-Winberg, Eduard Mörike. E. Ermatinger, Die deutsche Kunst von Herder bis zur Gegenwart. Göthe, Vom dtsh. Volkslied. Guesler, Nibelungenfrage und -lied. K. Adler, Die Berliner Romantik 1800-1814. Sommerfeld, Friedr. Nicolai und der Sturm u. Drang. A. R. Wagner, Geist. Bildh. von Gerstenberg. Wittkop, Die d. Lyriker von Luther bis Nietzsche. 2. Aufl. — Frommel, Mannelin, Roman. Herm. Kurz, Werke, hsg. von G. Fischer. Lieder u. Wesen aus d. Steyer-märkisch. Salzammergute, hsg. von Mautner. S. H. Müllh, Die lateinische Bagantepoesie des 12. u. 13. Jahrh. — O. Rauffer, Deutsche Sitte. Mogk, German. Religionsgeschichte u. Mythologie. Riemann, Das Nordlandbuch. R. Walter, Wetterprache. R. Wilsner, Kunstenfunde. — G. Gesele, Dante. R. Kellner, Gesch. der nordamerik. Literatur. G. Landauer, Schalepare. A. Schärer, Grundzüge der engl. Literaturgesch. Weiser, Englische Literaturgeschichte. — Mag. v. Broeder, Kunstgeschichte im Grundriss. F. Burger, Deutsche Malerei vom ausgeh. Mittelalter. III. Oberdeutschland im 15. u. 16. Jahrhundert von G. Schmitz. Dehio, Histor. Betrachtungen über Kunst im Elsas. Dresden, Red. v. Fr. Schäfer (Deutschl. Städtebau, 1.). Th. Fischer, Vorträge über Stadtbaukunst. M. J. Friedländer, Albert Dürer. Hagen, Deutsche Zeichner von der Gotik bis Koloto. Zu sit. Hans Thoma. A. Rosenberger, Rembrandt. 3. Aufl. (Klassiker der Kunst.) R. A. Valentiner, Rembrandt. Wiederg. Gemälde 1910-1920. Schloffer, Die deutschen Reichskleinodien. G. Schmitz, Die Gotik im deutschen Kunst- und Geistesleben. G. Werner, Der Weg der Kunst. — P. Vetter, Die Einfonie von Beethoven bis Mahler. Wie, Das Klavier. Huberman, Aus der Werkstatt des Virtuosen. Zeitgenössische Komponisten: Richard Strauß; Max Reger; Friedrich Klose; Franz Schreker; G. Hilcher; G. R. Schmidt. Krebs, Meister des Tafeltrades. Fr. Lange, Jos. Kammer und Joh. Strauß. Riemann, Meister des Klaviers. Riemann, Gambuch d. Musikgesch. Altertum. 2. Aufl. Stefan, Gustav Mahler. Steincker, Meister des Gesangs. — Flemming, Andreas Schyphus u. die Bühne. R. Oster, Die Meisterfingerringe des 16. Jahrh. Minor, Aus dem alten und neuen Burgtheater. — Diech, Frankfurter Sanges-gesch. Engesser, Technik, Ingenieur u. Hochschulestudium. E. Götzein, Die Handelsreisen. Weiterverbreitung erwünscht.

polnischer Reichstag den deutschen Stämmen, die sich aus diesen ernähren, notwendigerweise angegliedert werden müßten, wolle durch den Kreis Pleß und Rybnitz nur ein kleines Stückchen Boden hinzufügen. Damit komme man auf den altbekannten Percival-Vorschlag zurück. Der Widerstand des englischen Sachverständigen ergabere das Willkommen.

Darab gab am Donnerstag folgende Meldung aus: Während des ganzen gestrigen Tages haben die Sachverständigen und die Oberkommissare für Oberschlesien daran gearbeitet die landlichen und halbstädtischen Gemeinden zu bestimmen, die mit jedem einzelnen Industriezentrum des ober-schlesischen Industriebezirks eng zusammengehören. Sie sind jetzt dabei, aus dem Ergebnis der Abstimmung heraus die Verteilung der deutschen und polnischen Bevölkerung für jedes einzelne Siedlungszentrum festzustellen. Der Oberste Rat wird also nur noch die Aufgabe haben, zwischen diesen Siedlungsgruppen die Grenze zu ziehen, und zwar nach dem Verhältnis der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Stärke eines jeden in Frage kommenden Platzes. Der Oberste Rat wird erst nachmittags wieder zusammentreten, um den Bericht der Sachverständigen zu prüfen. Die Verhandlungen des heutigen Tages werden also von entscheidender Bedeutung sein und man darf hoffen, daß sie bald zu einer Verständigung führen werden, wenn diese nicht etwa schon bei den Verhandlungen selbst erreicht wird.

Eine Abendinformation aus französischer Quelle versichert laut „A. P.“, daß wenn Lloyd George nicht noch in letzter Stunde seine Absichten ändert, Grund zu der Befürchtung, der Druck sei unvermeidlich, vorhanden sei. Die Bemerkungen der Regierung über den neuen Bericht der Sachverständigen sind zusammengesetzt und der Sachverständigenkommission zur abermaligen Beratung übergeben worden. Die nächste Sitzung des Obersten Rates ist noch nicht bestimmt. Alles hänge von dem heute, Freitag, vormittag stattfindenden französischen Ministerrat ab.

Inzwischen scheint sich die Krise noch weiter zuzuspitzen. Neuer meldet, Lloyd George kehre heute nach London zurück. Seine Rückreise hänge mit der irischen Antwort zusammen. Auch „Habas“ berichtet, daß man in englischen Kreisen der Konferenz berichtet, Lloyd George habe die Absicht, heute mittag Paris zu verlassen. Er sei genötigt, am Samstag in London zu sein, um mit seinen Ministerkollegen über die irische Frage zu beraten. Nachrichten, die er im Laufe des Abends durch Flugzeug aus London erhielt, seien zwar nicht so alarmierend, wie man zuerst geglaubt habe, aber doch von einer solchen Bedeutung, daß sich ein baldmöglichster Zusammenritt des Kabinetts notwendig mache. Zuerst war das Gerücht verbreitet, daß die gesamte englische Delegation mit ihrem Chef abreisen werde. Nach den eingegangenen Erkundigungen erfährt man jedoch, daß Lord Curzon mit den Sachverständigen in Paris bleibt, um die Fortsetzung der Verhandlungen und die Erleichterung der Tagesordnung sicherzustellen. Heute vormittag, nach dem französischen Ministerrat, werde Briand vor Lloyd Georges Abreise noch eine Unterredung mit ihm haben.

In einem vom Donnerstag datierten Bericht wird der „A. P.“ noch gemeldet: Die Sitzung des Obersten Rates ist heute vormittag erfolgt, wobei durch ein Krähbüß, zu dem sich im Hotel Crillon Briand, Lloyd George und Loucheur zusammgefunden. Sie haben die Unterhaltung über Oberschlesien sofort begonnen und nach einer Entscheidung gesucht, die für Deutschland und für Polen annehmbar wäre. Die Unterhaltung wurde, wie verlautet, in der Form geführt, daß Briand die Argumente Polens, Lloyd George die Argumente Deutschlands vortrat. Aber es ergab sich aus der Unterhaltung nur die ungeheure Verwickeltheit des Problems, jedoch keine Möglichkeit zu einer Einigung der verschiedenen Gesichtspunkte. Trotz des lebhaften Bestrebens Loucheurs zu vermitteln, sind die Aussichten über eine Einigung auch durch diese Unterhaltung nicht gebessert worden. Die Herren sahen später nach Rambouillet zum Präsidenten der Republik, wohin auch die Botschafter Englands, Italiens und Japans eingeladen waren. Nach dem Frühstück promenierte die Herren im Park, aber die Journalisten erhielten keinerlei Auskünfte über das Ergebnis der Besprechungen. Jedenfalls ist auch die Sitzung des Obersten Rates, die nachmittags 5 Uhr stattfinden sollte, ausgefallen und durch private Besprechungen ersetzt worden. Briand kehrte um 4 Uhr von Rambouillet nach dem Quai d'Orsay zurück und begab sich sofort abermals ins Hotel Crillon, wo die Besprechungen mit Lloyd George unter Einzigeleitung Loucheurs wieder aufgenommen wurden. Für die Ernsthaftigkeit der ausgebrochenen Krise steht die Tatsache, daß auch morgen vormittag keine Sitzung des Obersten Rates stattfindet, sondern daß morgen früh im Elysée unter Vorhitz von Millerand ein Ministerrat stattfindet, der über die gesamte Lage beraten wird. In Pariser politischen Kreisen vergleicht man die Situation mit der in London, als wegen der Frage der Sanktionen der englische Ministerrat unvermutet zusammentreten mußte.

Über den Inhalt der Besprechungen zwischen Lloyd George und Bonomi ist noch nichts bekannt. Lord Riddell, der englische Pressattaché, erklärte, er könne nur bestätigen, daß die Abreise Lloyd Georges auf Freitag vormittag 11 Uhr festgesetzt sei und daß Lloyd George nach vor seiner Abreise in Paris sein werde. Im Hotel Crillon sind nach einer T. A. Meldung Lloyd Georges Zimmer bereits abbestellt und nach der Besprechung mit Briand um Mitternacht war die Abbestellung noch nicht rückgängig gemacht. Die englischen Mitglieder der Delegation bleiben vorläufig in Paris. Lord Curzon wird an Stelle Lloyd Georges den Vorsitz der englischen Vertretung übernehmen.

„Es ist möglich“, so fügt der Bericht hinzu, „daß einige Tage lang die Konferenz, um den Schein zu wahren, fortgesetzt wird. Ohne Lloyd George ist aber die Konferenz nicht mehr das, was sie sein soll. Die englische Delegation kann einer Entscheidung über einen Beschluß der Konferenz nicht zustimmen, ohne daß Lloyd George in London ist.“ Lloyd George aber wird von London aus zu dem französischen Teilungsproblem ebensowenig Ja sagen, wie er es in Paris selber getan hat. Für das erste kann nun gesagt werden, daß nur eine Kabinettsbildung in Paris oder in London den Ausweg aus dem Dilemma bringen kann. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Briand und die französische Regierung nachgeben. Man hat hier erklärt, daß es kein Zurück mehr gäbe, nur eine neue Regierung könne auf anderer Basis verhandeln.

### Dr. Wirth über die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

Georg Blum, Berichterstatter des „Journal“, veröffentlicht ein mit kritischen Bemerkungen über durchgeführtes Interview des Reichstanzlers Dr. Wirth über die ober-schlesische Frage und die Sanktionen im Rheinland. Danach gab Reichstanzler Dr. Wirth zu, daß die politische Lage Deutschlands vollkommen beherrscht werde von der Erwartung der Beschlüsse des Obersten Rates in den beiden für Deutschland wichtigsten Fragen: des Schicksals von Oberschlesien und der Aufrechterhaltung oder Aufhebung der Sanktionen. Für viele Leute hänge davon der Glaube an die Möglichkeit, in Europa wieder eine gesunde Lage zu schaffen, ab. Der Glaube an die

Zukunft der Demokratie, an die Ideale zu den Beziehungen der Völker werde erschüttert werden, wenn das Vertrauen des Volkes zu Recht und Gerechtigkeit endgültig enttäuscht werden könnte. Die deutsche Demokratie habe den Willen, durch friedliche Arbeit an dem Wiederaufbau Europas und der Ausführung des Friedensvertrages mitzuwirken. Sie sei von dem aufrichtigen Wunsche nach Versöhnung und Eintracht unter den Völkern besetzt. Eine enttäuschende Entscheidung des Obersten Rates könnte auf die politische Lage Deutschlands und Europas eine vernichtende Wirkung ausüben. Reichstanzler Dr. Wirth wiederholte alsdann das von ihm in Bremen ausgesprochene und erklärte, die Bevölkerung von Oberschlesien habe sich mit einer großen Mehrheit zugunsten Deutschlands ausgesprochen und selbst der günstigste Teilungsplan könne der wirtschaftlichen Notwendigkeit Oberschlesiens nicht gerecht werden, und dies sei auch mit dem ausgesprochenen Willen der Bevölkerung unvereinbar. Eine provisorische Lösung könne nicht befriedigen.

Verstrebene Berliner Blätter bringen die Meldung der „Chicago Tribune“, daß unmittelbare geeignete Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau über Oberschlesien stattgefunden hätten, daß England einen Druck auf Deutschland, und Frankreich einen Druck auf Polen ausgeübt hätte, zu dem Zweck, zwischen beiden Ländern eine unmittelbare Lösung der ober-schlesischen Frage herbeizuführen. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, entstehen alle diese Wädhungen jeglicher Grundlage und sind völlig aus der Luft gegriffen. Der Reichstanzler hat zu wiederholten Malen und zuletzt in seinem Interview vom 8. August mit dem Vertreter des „Nuevo Giornale“ seinen Zweifel darüber gelassen, daß die Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland unabweisbar sei. Er hat ferner erklärt, daß die deutsche Regierung, wie dies bereits in der Note an die alliierten Mächte vom 1. April geschehen sei, bereit und willens ist, nach Lösung der ober-schlesischen Frage den wirtschaftlichen Aufbau Polens in jeder Weise zu fördern. Er hat aber ausdrücklich hervorgehoben, Voraussetzung hierfür ist, daß von polnischer Seite das Streben nach unrechtmäßigen Zielen fortfalle.

### Polnische Kundgebungen für Deutschland.

Am Dienstag abend fanden in zahlreichen Orten der Kreise Pleß und Rybnitz von den Polen veranstaltete Versammlungen statt, worin für das Verbleiben der Kreise bei Deutschland demonstriert wurde. Die in den Versammlungen angenommenen Resolutionen und die Telegramme, die an Lloyd George und den Obersten Rat gerichtet wurden, brachten diesen Willen der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck. Die polnischen Bewohner der Kreise sind, soweit sie es nicht schon vorher waren, vornehmlich durch den letzten Kutsch zu der Erkenntnis gekommen, daß, falls sie etwa an Polen fallen sollten, sie dem wirtschaftlichen Ruin verfallen würden. Während im Kreise Pleß die Versammlungen in Ruhe und ohne Folgen verliefen, kam es nach den Versammlungen im Kreise Rybnitz zu blutigen Zusammenstößen. Aus Kongresspolen herübergekommene Polen und tschechische Polen in der Nacht zum Mittwoch über die demontierten Versammlungsteilnehmer her. Es kam zu schweren Schlägereien und Schiebereien mit blutigem Ausgang. Auch Franzosen beteiligten sich an den Zusammenstößen. Die Schiebereien dauerten die ganze Nacht bis zum morgen gegen 10 Uhr. Die Gerüchte, daß es sich hierbei um Angriffe deutscher Kommunisten aus Rybnitz gehandelt habe, sind völlig aus der Luft gegriffen.

### Die Sanktionen.

Der belgische Kommissar im Rheinland, Kollin, ist in Paris angekommen, um an den bevorstehenden Besprechungen über die im vergangenen März beschlossenen Sanktionen (Zollgrenze am Rhein) teilzunehmen. Der französische und der englische Kommissar, Tirard und Robertson, sind bereits mehrere Tage hier.

### Besprechungen in Berlin.

Der Reichstanzler hat den Reichstagspräsidenten Loebe und den Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, den Abg. Dr. Stresemann, telegraphisch zu einer Besprechung nach Berlin gebeten.

Zu dieser amtlichen Meldung erfahren die Blätter aus parlamentarischen Kreisen, daß es sich bei dieser Besprechung um eine Erörterung der politischen Gesamtfrage handeln werde, deren Ernst die Reichsregierung veranlaßt habe, mit den beiden berufenen Vertretern des deutschen Parlaments enge Fühlung zu nehmen. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ sei es also mindestens verheißt, heraus auf eine sofortige Einberufung des Reichstagsausschusses oder sogar des Reichstages zu schlechten Endgültige Dispositionen könnten erst nach der Entscheidung über Oberschlesien getroffen werden.

### Die freie Getreideeinfuhr.

Wie das W. T. A. hört, hat am 10. August eine Sitzung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Dornes stattgefunden, in der die Frage der freien Einfuhr von Brotgetreide, Weizen und Roggen mit dem in dem Ausschussrat der Einfuhrstellen für Getreide- und Futtermittel vereinigten Vertretern von Handel, Landwirtschaft und Mühlenindustrie erörtert worden ist. Sämtliche Vertreter der genannten Wirtschaftsgruppen haben sich namentlich mit Rücksicht auf die derzeitige Preisbildung für Weizen im Inlande einstimmt für sofortige restlose Aufhebung der bisher bestehenden Einfuhrsperre für Brotgetreide ausgesprochen. Die Entscheidung des Reichsministeriums in der Frage soll schon in den nächsten Tagen erfolgen.

### Admiral Scheer zum Ultimatum.

Die Annahme des Ultimatus erfährt nachträglich eine bemerkenswerte weitere Rechtfertigung durch den Sieger in der Flageratschaft, Admiral Scheer, der, politisch, so viel bekannt, den Reichsparteien nahe steht. Admiral Scheer schreibt — und zwar im „Berliner Lokalanzeiger“ u. a.:

„Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß die Ablehnung des Ultimatus damals das größere Übel gewesen wäre. Es klang freilich viel stolzer und aufrechter, zu sagen: „Wir hierher und nicht weiter.“ Die Geste ist schön und großartig... es ist aber die Pflicht staatsmännisch denkender Parteiführungen, sich nicht von dem Gefühl der Wählerhaft treiben zu lassen, sondern auf die Gefahr hin, Anhänger zu verlieren, politischen Willen zu befestigen und die Notwendigkeit, nach zu handeln, der Masse beizubringen... Man wird erkennen dürfen, daß unter den Meinsagern sich auch

innere Schwachmütige gefunden haben, die sich sagten, es kommt ja doch in der Mehrheit des Reichstages zu einem Ja und die Folgen unseres Meinjagens gehen zunächst noch an uns vorüber. Dabei schob man das Odium eines mangelhaft entwickelten nationalen Ehrbegriffs dem Gegner zu... Vorbedingung für ein geschlossenes Nein war die Zustimmung des ganzen deutschen Volkes. Diese Vorbedingung war nicht vorhanden. Der neuen Bedrüdung, die unsere Gegner ausüben würden, irgendwelchen Widerstand entgegenzusetzen, fehlten uns bei der militärischen Wehrlosigkeit auch die wirtschaftlichen Kräfte.“

Gegenüber der Einwendung, daß die Bedingungen des Ultimatus undurchführbar seien, erklärte Scheer, sobald sich dies zeige, hätten auch die Jagger das moralische Recht, zu sagen: „Weiter geht es nicht!“ Wenn es aber so weit komme, so könne diese Schicksalsfrage nur von einer starken Regierung hinter der die große Mehrheit des Volkes steht, gelöst werden. „Hätte sich die Deutsche Volkspartei entschließen können“, sagt Scheer, „auf Seite der Jagger zu treten, so war ihr eine entscheidende Mitwirkung durch den Eintritt in die Regierung für die jetzt zu lösenden schwierigen Fragen möglich.“ Scheer lehnt auch Stresemanns Entschuldigung ab, daß der englische Botschafter zu spät geantwortet habe. „Könnten die Herren“, so fragt er, „im Ernst annehmen, daß eine englische Regierung, die im Einverständnis mit ihren Alliierten das Ultimatum gestellt hatte, für sich allein irgendwelche Zugeständnisse machen würde?“ Neben dieser Beurteilung der Taktik der Deutschen Volkspartei verurteilt Scheer auch „den Ruf nach dem starken Mann“, der Deutschland führen soll: „Eine solche Politik ist für unsere Lage unmöglich. Diejenigen werden in Wirklichkeit die starken Männer sein, die den Mut haben, trotz der Traditionen, die in ihrer Partei herrschen, ihren Wählern zu sagen: „Das ist das in weiter Ferne stehende Idealziel, wir aber müssen jetzt nach den Bedürfnissen der Gegenwart handeln, wenn wir auch dadurch in den Ruf geraten, unter den Gleichgesinnten als Abtrünnige zu gelten.“

### Rückgang der Postdiebstähle.

In vielen Ländern sind während des Krieges sowie in der Nachkriegszeit wie bei der Eisenbahn so auch bei der Post die Ausgaben für Ersatzleistungen sehr bedeutend gestiegen. Die Postverwaltung der Schweiz berechnet für ihren Bereich nach ihrem neuesten Verwaltungsbericht die Zunahme der Paketverluste gegenüber der Vorkriegszeit auf 675 v. H. In Frankreich haben sich nach dem „Temps“ die Ausgaben für Ersatzleistungen bei der Post von 1,5 Millionen Fr. in der Vorkriegszeit auf 24 Millionen Fr., also um 1600 v. H. vermehrt. Der Umfang des französischen Paketverkehrs macht dabei etwa den fünften Teil des deutschen aus.

Die Reichspostverwaltung kam vor dem Kriege in ihrem Haushalt mit einer Jahressumme von 240 000 M. aus, um daraus alle Entschädigungen zu bestreiten, die Ersatzleistungen betrafen. Dagegen erreichten diese Ausgaben im Rechnungsjahre 1916 1 Million, 1917 5 Millionen, 1918 10 Millionen und 1919 — wo die gleichartigen Ausgaben bei der Reichs-Eisenbahnverwaltung nach einer kürzlich von ihr der Presse gemachten Mitteilung inzwischen auf 120 Millionen Mark angewachsen waren — den vierten Teil davon, also 30 Millionen. Im Rechnungsjahre 1920 haben sich die Ausgaben bei den Ersatzleistungen weiter erhöht. Die Hauptabgänge an Postgut sind bekanntlich während der Eisenbahnbesetzung entstanden, weil die Pakete, um die es sich hier namentlich handelt, neuerdings auf Verlangen der Eisenbahn wegen Überlastung der Personenzüge überwiegend in Güterzügen befördert werden müssen und hierbei nicht nur Einzeldiebstahl, sondern auch organisierte Diebstehbanden fortgesetzt Gelegenheit finden, die plombierten Eisenbahnwagen mit Postgut, namentlich während der längeren Aufenthalte, die die Güterzüge auf den Rangierbahnhöfen erleiden, zu erbrechen und zu betrauben. Das Publikum glaubte, sich hiergegen erfolgreich dadurch zu sichern, daß es in weitem Umfange dazu überging, gewöhnliche Pakete unter Wertangaben zu versenden. Infolgedessen schmolz die Zahl der Wertpakete derart an, daß sie sich unterwegs im Großbetriebe der Post nicht mehr ordnungsmäßig bearbeiten ließen. Vor allem galt dies von ihrer Behandlung in den fahrenden Postämtern, den Bahnposten. Hier konnten die Wertpaketmassen schließlich wegen Raummangels überhaupt nicht mehr untergebracht werden, da die Zahl der Eisenbahnzüge auf einen Bruchteil des Friedensfahrplans der Vorkriegszeit hatte beschränkt werden müssen. Unter diesem Druck der Verhältnisse sah sich die Postverwaltung Anfang 1919 genötigt, in ihrem inneren Betriebe von dem Einmalnachweis der Wertpakete bis 8000 M. vorläufig abzusehen. Solche Wertpakete mußten fortan zusammen mit den gewöhnlichen Paketen in nicht von Postpersonal begleiteten verschlossenen Eisenbahn Güterwagen befördert werden. Hierdurch waren sie aber der Entwendung und Betraubung durch unredliche Elemente jetzt ebenso ausgesetzt wie die gewöhnlichen Pakete.

Dieser unerquickliche Zustand dauerte bis September 1920. Inzwischen hatte die Reichspostverwaltung den an das Publikum zu zahlenden Vergütungssatz für verlorene oder beschädigte gewöhnliche Pakete namhaft erhöht, so daß jetzt nach und nach ein Rückgang in der Zahl der Wertpakete eintrat. Vor allem aber waren inzwischen auch die Beförderungsverhältnisse bei der Eisenbahn besser geworden. Die Postverwaltung konnte infolgedessen jetzt die Wertpakete wieder wie in der Vorkriegszeit besonders behandeln. Unter der Wirkung dieser Maßnahme sind Fälle der Veruntreuung von Wertpaketen erheblich zurückgegangen, nämlich von 11 000 Stück im zweiten Viertel des Rechnungsjahres 1920 auf 3000 Stück im 1. Viertel des Rechnungsjahres 1921. Dementsprechend haben sich die Ersatzbeträge für diese Sendungen vermindert von 8 Millionen Mark im zweiten Viertel 1920 auf 4,8 Millionen im ersten Viertel 1921. In vollem Umfange tritt der tatsächliche Rückgang hierbei noch nicht in die Erscheinung, weil die Erledigung der Ersatzfälle immer eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, und deshalb die Zahlen für das erste Viertel 1921 noch eine größere Menge von Ersatzfällen aus der vor September 1920 liegenden Zeit mit enthalten. Auch sonstige Maßnahmen der Postverwaltung, insbesondere die Verschärfung des Überwachungsdienstes namentlich auch in dem besonders gefährdeten rheinisch-westfälischen Industriegebiet, ferner die ständige Einwirkung auf das Postpersonal, an der Ermittlung von Postdieben mitzuwirken, sowie die Ausmerzang zahlreicher unzuverlässiger Posthelfer und ihr Ersatz durch Postfachbeamte haben zu jenem Ergebnis mit dazu beigetragen. Es ist hiernach zu erwarten, daß die Sicherheit im Postbetriebe fortgesetzt weiter zunimmt.

### Kurze polit. Nachrichten.

\* Die Forderungen der Beamten. Über die in Berlin stattfindenden Beratungen der Spitzenorganisationen der Reichsstaats- und Kommunalbeamten über die neuen Gehaltsforderungen wird gemeldet: Die Vorschläge, die die einzelnen Organisationen machen wollen, stimmen in der Hauptsache darin überein, daß sie eine 30- bis 40prozentige Erhöhung der Feuerungszulagen verlangen. Weiterhin soll die Frage

aufgerollt werden, ob angesichts der gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse eine Veränderung des Grundgehaltes notwendig erscheint. Nach dem Inhalt der von den Organisationen aufgestellten Berechnungen würde eine Regelung der Forderungen der Beamtenschaft einschließlich der Reichswehr für das Reich ein Mehr von 7 Milliarden bedeuten. Die Mehrleistungen des Reiches für Gemeindebeamte, Renteneinpfänger und dergl., würden sich ebenfalls auf 7 bis 8 Milliarden Mark stellen.

\* Eintritt des spanischen Kabinetts. Nach einer Meldung aus Madrid hat das spanische Ministerium demissioniert. Maura ist mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden.

## Badische Übersicht.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Eine Auktion des württembergischen Staatspräsidenten. Bei einem Besuch des württembergischen Staatspräsidenten und des Arbeitsministers in Schweningen (W.) erwähnte der Stadtvorstand auch das große Interesse, das Schweningen an einer Vereinigung von Württemberg und Baden habe. Dr. Hieber gab zu, daß eine Reihe von anderen Grenzorten wie Schramberg auf der württembergischen und Pforzheim auf der badischen Seite das gleiche Interesse an der Vereinigung hätten, aber er selbst müßte sich in dieser Frage die größte Zurückhaltung auferlegen, denn er wisse nicht, wie in Baden die Gerüchte entstanden seien, die der württembergischen Regierung und namentlich ihm selber Auffassungsgelüste nachgäben. An der Zweckmäßigkeit einer engeren Verbindung sei weder von verwaltungstechnischen, noch von finanziellen oder wirtschaftlichen Standpunkt aus zu zweifeln, aber diese Vereinigung könne nur auf dem Wege freier gegenseitiger Abenteinbarung erzielt werden. Niemand in Württemberg, am wenigsten die Regierung denke daran, die beiden Länder anders als auf dem Wege gütlicher Verständigung zusammen zu bringen.

DZ. Freiburg, 6. Aug. Heute vormittag um 11 Uhr wurde die Ausstellung neuer christlicher Kunst, die auf Veranlassung des Diözesan-Ausschusses zustande kam, vor einer kleinen Anzahl geladener Gäste eröffnet. Unter den Anwesenden, unter denen sich zahlreiche Vertreter der katholischen Geistlichkeit, u. a. auch Herr Erzbischof Dr. Karl Fritz, befanden, bemerkte man auch den früheren Reichszentral-Verwaltungsdirektor Professor Dr. Sauer darauf hin, daß in der Erzdiözese Freiburg die christliche Kunst wohl auch gepflegt werde wie in anderen Diözesen, daß es aber hier noch vielfach an neuem Leben, frischem Zug und an Zusammenschluß der einzelnen Kräfte fehle. Diese Ausstellung weise noch bedauerliche Lücken auf, und könne leider noch nicht als Maßstab für die christliche Kunst Süddeutschlands genommen werden. Immerhin habe sie manches interessante und wertvolle zu bieten. Es wurde sodann ein Rundgang durch die Ausstellung unter Führung des Herrn Prof. Sauer angetreten; Gemälde, Graphiken und Plastiken zahlreicher badischer, aber auch Württembergischer Künstler schmückten die Säle. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Erzeugnisse der Großherzoglichen Majolikamanufaktur Karlsruhe, unter denen sich auch Werke von Hans Thoma, Säuger und S. A. Bühler befinden.

## Literarische Neuerscheinungen.

Luther unser Hausfreund von Paul Scheu. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 4.—14. Kauf. Mit 12 Abbildungen, Kopfleisten, Rahmen und Schlüsselfäden wie 1 Vierfarbendrucker. 18 Bogen Großformat. In Geschenkband gebd. 20 M. (sein Feuerzettelzusatz). (Chr. Belferische Verlagbuchhandlung in Stuttgart.)

Karl Heim und H. G. Grönmayer: Oswald Spengler und das Christentum. Zwei kritische Aufsätze. (C. S. Belferische Verlagbuchhandlung, München.) 6,50 M. Diese neue Schrift ist zweifellos eine der anregendsten, die über das vielberufene Buch geschrieben sind.

Henning Rehr: Der rote Garten. Erlebnisse in Sowjetrußland. (Südwestdeutscher Verlag, Berlin.) 10. Dieses Buch ist das farbenreiche und hinreichende Werk eines unbereinigten Beobachters und Künstlers, dem es vergönnt war, handelnd und lebend, aus nächster Nähe, die gewaltige Tragödie der russischen Revolution an ihren Brennpunkten mit zu erleben. Rehr's Buch ist eines der wertvollsten Dokumente der russischen Umwälzung, ein Zeitbuch im besten Sinn des Wortes und darüber hinaus ein Werk von bleibendem geschichtlichen Wert.

Der „Tiger“. Die Kriegserden Georges Clémenceaus, herausgegeben von Oberst Bernhard Schwertfeger. (Berlin 1921, Verlags-Gesellschaft für Politik und Geschichte m. B. S. Ladenpreis etwa 12 M.)

Otto Hase: Das kleine Logbuch. (S. Fischer Verlag, Berlin, Gehftet 5 M.) Landschaft und Menschen, Sächsel und Gedanken werden in biederlich-gescheiter Weise gestaltet und zu lebendiger Einheit verbunden. Ein Reize- und Ruhebuch, dessen Bilder in uns bleiben und dessen stille Nachdenklichkeit noch lange in uns fortdauert.

Henke von Kraft: Liebestod. (Romanverlag Grethlein & Co., Leipzig.) Das Buch „Liebestod“, anschließend an den ersten Band des großen, begehrtest aufgenommene Richard Wagner-Romans „Barrikaden“, umfaßt den zweiten, entscheidenden Lebensabschnitt des Helden: Die Verbannungsjahre in Zürich, beherrscht von der großen Liebe in Wagner's Leben, die der künstlerische Untergrund des „Tristan“ ist. Das temperamentvolle Buch zeigt eine überraschende Wärme und Innerlichkeit, die aus dem großen Liebeserlebnis des Helden auf den Leser überspringt und ihn all das Süßschmerzliche dieser Liebe mitleiden läßt. Die Darstellung durch den Dichter hält sich streng an die geschichtlichen Vorgänge, die sich durch Briefe oder Tagebuchblätter belegen lassen, so daß grundsätzlich historische Kreuze gewahrt bleibt.

„Der Jagdschutzbeamte auf der Verbecherfabrik“, ein Leit-faden zur Verfolgung strafbarer Handlungen im Jagdschutz, von Kriminalkommissar Dr. Erich Anuschat. (Verlag Boll u. Pöschel, Berlin. Preis 10 M.)

## Staatsanzeiger.

Ministerrat Dr. Erich Schneider in Alzenau hat sich der Prüfung für Staatsärzte unterzogen und ist für bestanden erklärt worden.

Karlsruhe, den 8. August 1921.  
Ministerialdirektor:  
Dr. Ministerialdirektor:  
F. A. Dr. A. Jung. Keller.

## Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Staatsministeriums

Berufen:  
dem Förder Walter Esterle von Offenburg die silberne Rettungsmedaille.

Ministerium des Innern.

Entlassen:  
Amtmann Wolfram Hauger.

Verwaltungschof.

Planmäßig abgesetzt:

die Pfleger Robert Mauch in Wiesloch, Jakob Grentlich in Alzenau, die Pflegerinnen Christine Emmenegger bei Kon-kanz, Katharina Baier in Wiesloch.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

den Professor Dr. Erich Kallius an der Universität Bres-lau auf 1. Oktober 1921 zum ordentlichen Professor der Anatomie an der Universität Heidelberg.

Entlassen:

den ordentlichen Professor der Fortbildung an der Uni-versität Freiburg Viktor Dieterich mit Wirkung vom Tage des Dienstauftrittes — spätestens jedoch am 30. September d. J. — auf Ansuchen.

ordentlicher Professor der Klassischen Philologie an der Uni-versität Heidelberg Dr. Otto Waisel auf 1. Oktober 1921 auf Ansuchen.

Ministerium der Finanzen.

Eisenbahn-Generaldirektor

Berufen:

Eisenbahningenieur Franz Schwarz in Freiburg nach Appenweier.

Eisenbahningenieur Julius Keller in Appenweier, nach Baden-Dos, Adolf Flegler in Triberg nach Karlsruhe, Martin Dubronner in Hornberg nach Karlsruhe.

## Geschäftliches.

Die „Concordia“ Gläubiger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, berichtet ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1920. Danach hat die durch die Selbstentwertung verursachte große Geldflüssigkeit und das Verlangen nach einer möglichst sicheren Kapitalanlage auch in dem abgelaufenen Jahre 1920 den Abschluß neuer Versicherungen außerordentlich gefördert. So ist die Zahl der abgeschlossenen Versicherungen von 12.264 im Jahre 1919 mit 96.416 755 M. Versicherungssumme und 257.155,15 M. Jahresrente auf 15.959 mit 160.647.067 M. Kapital und 481.591,12 M. Jahresrente im Jahre 1920 gestiegen. Auch sonst bietet die geschäftliche Entwicklung der Gesellschaft im Jahre 1920 ein erfreuliches Bild dar. Den mit Gewinnanteil Versicherungen sind aus dem Jahresüberschuss 2.801.981,46 M. überwiesen. Hieraus erhalten im Jahre 1922 die Versicherer des Gewinnverbandes A einen Gewinnanteil von 12 Prozent (in 1921 23 Prozent). Die Versicherer der Verbände C und R empfangen in 1922 einen Gewinnanteil von 30 Prozent bzw. die daraus sich ergebenden Gewinnrenten wie in den Jahren 1916 bis 1921. Die Gewinnanteile der Verbände B I und B II erhöhen sich unter Zuhilfenahme der für sie angefallenen Gewinnrücklagen um die gleichen Einheitsätze wie im Vorjahre.

## Amtliche Bekanntmachung.

Fundfachen betr.

Im Monat Juli 1921 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert:

1 Brosche, 1 Kinderhalskette, 1 Double-Kettenarm-band, 1 Double-Armband, 1 Brosche, 1 silberne Damen-armbanduhr, 1 goldener Herrenring, 1 Ehering, 1 Füllfederhalter, 1 Korallenkettchen, 1 silberne Zigarettenspitze, 1 Ehering, 1 silbernes Armband, 1 silberner Anhänger mit Stein, 1 silberne Damenuhr, 1 Korbbüchlein, 1 Fahrscheinheft für Militär, 1 Lederfuttermal mit Schlüssel, 2 1/2 Pfund Dürckfleisch, Gummiband, Bänder und Spikes, 1 Wäsche mit Mädeln, 1 grauer Zuckerschuh, 25 Stück Papierfächer, 1 Zwicker, 1 weiße Bindel und Kinderhose, 1 Rolle mit fünf Pfennig-fäden, 1 Schraubenschlüssel für Kraftwagen, 1 Geld-mäppchen mit Inhalt, 1 schwarzer Damenhandschuh, 1 schwarze Lederhandtasche, 1 Wanderkarte, 1 Altem-mappe, 1 schwarzgezeichnete Jade, 1 Kanarienvogel, 1 Paar Damenhandschuhe, 1 braunlederne Brieftasche mit Papieren auf Johann Müller, 1 Wandphonon, 1 schwarzes Hängelochchen mit einer Saugflasche, 1 Lederhand-tasche, 1 Paar alte Schuhe, 1 weißer Bar (Spielzeug), 1 fedgraue Militärmütze, 1 Meterstab, 1 Wille, 1 Notizheft, 1 fedgraue Militärmütze, 1 Hand-tasche mit Inhalt, 1 Wäschestudische mit Wäsche, Ramon und Spiegel, Damenwäsche, zerissen und be-schmutzt, 1 Strohhut und Schlüsselbund, Jahreskarte für Licht- und Sonnenbad, 1 grüne Lederhandtasche, 1 Stück schwarzer Seidenstoff mit Monogramm, 1 Geld-tasche mit Inhalt, 1 Brille mit Futteral, 1 Hand-tasche aus Silbergarn, 1 Taschmesser, 1 Strohhand-tasche, 1 schwarzer Stragen mit Spikes, 1 Zwicker, 1 Haarzange, 1 Paar schwarze Kinderhose, 1 weißes Kochgülden, 1 Brille, 1 weißer Strohhut, 1 schwarzer Strohhut, 1 Handtasche, 1 schwarzer Damenhand-schuh, 1 Marittasche aus Stoff, 1 Buch Deutschland zur See, 1 Briefmappe ohne Inhalt, 4 kleine Wäse, 1 Wappenschild (Gesellschaft Freya), mehrere Schlüssel, Funde, welche im Hundezwinger, Schlachthausstraße untergebracht sind, Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld: Mark 100, 5, 10, 5, 3, 18, 150, 20, 10.

Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 6 des Bezirksamtgebäudes abgeholt werden.

Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder bzw. die Stadt-gemeinde über. J. 564

Karlsruhe, den 3. August 1921. O. 3-115

Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Die Ziehung der 3. Klasse der 13. Preussisch-Süd-deutschen (244. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 30. und 31. August 1921 stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 3. Klasse hat bis spätestens Mittwoch, den 24. August d. J., abends 6 Uhr, bei den zuständigen badischen Lotterieteinnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben. J. 565

Karlsruhe, den 12. August 1921.

Landeshauptkasse.

## Städtisches Konzerthaus.

Samstag, 13. August, 7 bis geg. 10 Uhr 12.20 Mk.

## Die Geisha.

Sommerspielzeit im Konzerthaus.

So. 14. nachm. 2 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin. (8.70) — abends 6 1/2 Uhr: Die Geisha. (16.20) — Die 16.: Das Hollandweibchen. 7. (12.20). — Mi. 17.: Die Geisha. 7. (12.20). — Do. 18.: Zum ersten Male. Die Tanz-gräfin. Operette in 3 Akten von Leopold Jacobsohn und Robert Bodanzky. Musik von Robert Stolz. 7. (16.20). — Fr. 19.: Für das allgemeine Publikum. Der Vogelhändler. 7. (12.20). — Sa. 20.: Die Tanz-gräfin. 7. (12.20). — So. 21. nachm. 2 1/2 Uhr: Das Hollandweibchen. (8.70). — abends 6 1/2 Uhr: Die Tanz-gräfin. (16.20).

Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 13., nachmittags 1/4, 4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 15. an.

Kunsthandlung und Rahmenfabrik 3842  
Karlsruhe, Kaiserstr. 128 u. Wisch-Wald-  
E. Büchle Wandbilderschmuck  
:: Inh.: W. Bertsch :: Bildereinrahmungen

## Sommerfrische

Gut möblierte Fremdenzimmer, schneckenfrei, ruhige Lage, schattiger Garten in Badeort Lindau — Bodensee — sofort an Sommergäste von Privat dauernd zu vergeben. Preis pro Bett 14 Mk. Aufmerksame Bedienung. Zuschriften an R. 515

Inspektors-Witwe J. Böpsler,  
Lindau, Hasenweide 20 1/2.

## Vergnügungssteuer!

Billige und einfache s. 439

## Stanzmaschine

zum Entwerfen von Eintrittskarten, Programm, usw. liefert

W. Leo's Nachf., Stuttgart, Fach-geschäft für Buchbindereibedarf.

## Alleinstehende Beherrin

sucht baldigst ruhige Zimmer

in einem Schwarzwalddorfe für dauernd. Event. mit Küche, doch nicht Beding. Off. unter R. 513 an die Exp. der Karlsruher Ztg.

## Motorrad

zu kaufen gesucht. Aus-führliche Beschreibung mög-lichst mit Bild. Postlager-larte Nr. 24 Heidelberg.

## Kinder mädchen

aus besserer Familie zu 2

Kindern sofort gesucht.

Frau Otto Klammer,  
Pforzheim, Baumstr. 17. II.

## Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

J. 525.2.2. Karlsruhe. Der

Hoteldirektor Friedrich Ja-

lob Stadelmaier zu Pforz-

heim, Hotel Post, Prozeß-

bevollmächtigte: Rechtsan-

wälte Dr. Fritz Netter und

Dr. Hans Meier in Pforz-

heim, klagt gegen seine Ehe-

frau Elizabeth Lucy geb.

Harsh, früher in London,

zurzeit unbekannt wo,

auf Grund des § 1568

B. G. B. mit dem Antrage

auf kostenfällige Scheidung

der am 29. April 1906 in

London geschlossenen Ehe

der Streitliche aus Ver-

schulden der Beklagten.

Der Kläger ladet die

Beklagte zur mündlichen

Verhandlung des Rechts-

streits vor die II. Zivil-

kammer des Landgerichts

Karlsruhe auf Freitag, den

18. November 1921, vor-

mittags 9 1/2 Uhr, mit der

Aufforderung, sich durch

einen bei diesem Gerichte

angelaufenen Rechtsanwält

als Prozeßbevollmächtigten

vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 8. August 1921.

Der Rechtschreiber des

Landgerichts.

## Weibehaltung des ernann-

ten oder die Wahl eines

anderen Verwalters, so-

wie die Bestellung eines

Gläubiger-Ausschusses und

eintretendenfalls über die

in § 132 der Konkursord-

nung bezeichneten Ge-

genstände Termin bestimmt

auf: Mittwoch, den 7. Sep-

tember 1921, vormittags 9

Uhr, Zimmer 27. Zur

Prüfung der angemeldeten

Forderungen wurde der Ter-

min vor dem diesseitigen

Gericht Zimmer Nr. 25 an-

beraumt auf: Donnerstag,

den 29. September 1921,

vormittags 11 Uhr. Allen

Personen, welche eine zur

Konkursmasse gehörige Sa-

che in Besitz haben oder zur

Konkursmasse etwas schul-

dig sind, wird aufgeboten

nicht an den Gemein-

schuldner zu betätigen

oder zu leisten, auch die

Verpflichtung aufzuleisten,

von dem Besitze der Sache

und von den Forderungen,

für welche sie aus der

Sache abgehobene

Verpflichtung in Anspruch

nehmen, dem Konkursver-

walter bis zum 20. Sep-

tember 1921 Anzeige zu

machen.

Heidelberg, 8. Aug. 1921.

Gerichtsschreiber

Amtsgericht 1.

## Erstattung der Selbstkosten

auf dem Baubüro in

Schlierbach erhältlich, wo-

selbst auch die Angebote

bis Samstag, den 3. Sept.

ds. Jahres, mittags 12 Uhr,

einzureichen sind. J. 566

Schlierbach, 10. Aug. 1921.

Die Bauleitung

ges. Prof. Caspar.

Zu verkaufen im hoch-

wertigen Schotterwerk Al-

zenau, durch elektrischen An-

schluß freizemende Dampf-

lokomobile Bauart Lang,

37 PS, Normalleistung,

Verkaufbedingungen er-

fragen bei Maschineninspek-

tion Basel. (Schweiz). J. 523.2

## Tarifverhöhung.

Mit Gültigkeit vom 15.

September 1921 wird bei

unseren Nebenbahnen Al-

zenau, Bruchsal—Sils-

bach—Menzingen, Wülfer-

talbahn, Neckarbrunn—

Wiesloch—Kadesheim—Wald-

angeleise die Stellgebühren

erhöht. J. 518

bei 100 kg auf 4 Pfennig

für 100 kg und 4 Mark

für den Wagen,

bei sonstigen Gütern auf

4,30 Pfennig für 100 kg u.

4,30 Mark für den Wagen.

Karlsruhe, 11. Aug. 1921.

Bad. Landesbahnen A.-G.

Herstellung der Entwä-

rungsanlage für den Zoll-

bahnhof Neuenburg a. Rhein.

Gemäß Finanzministerial-

verordnung vom 3. Januar

1907 sind die Erd-, Schacht-

und Zementrohrverlegungs-

arbeiten zu vergeben. Zeich-

nungen und Bedingungen

unterlagen sind einzufolien

auf der Kanzlei der Bahn-

bauinspektion 2 Freiburg,

Waldkirchstraße 12, Gü-

terantengebäude II. Stock;

dieselbst Abgabe der Ange-

botsbogen. Kein Versand

nach auswärts. Angebote

sind beschließen, mit ent-

sprechender Aufschrift und

postfrei bis 24. August 1921

vormittags 11 Uhr, bei

uns einzureichen. Zuschlag-

sfrist 3 Wochen. J. 569.2.1

Freiburg, 11. August 1921.

Bahnbauministerium 2.